



Resolution

Kein weiteres Opfer der Frauen zur Finanzierung der AHV!

Die Unia Interessengruppe Frauen der Einheit Bern/Oberaargau-Emmental

- Ist wütend** dass das Parlament Mitte März 2017 beschliessen wird, das Rentenalter der Frauen im Rahmen der Altersvorsorge 2020 auf 65 Jahre zu erhöhen
- verurteilt** die Erpressung der Bevölkerung durch die Verknüpfung der Erhöhung des Rentenalters der Frauen mit der Finanzierung der AHV durch die Mehrwertsteuer
- ist empört** dass zu dieser Verknüpfung kaum öffentlich diskutiert worden ist und sie heute als Sachzwang dargestellt wird. Das Vorgehen ist undemokratisch: In diesem vorgespurten Deal ist bereits klar, dass die Frauen als „Sparerinnen der Nation“ ein Opfer bringen müssen
- warn** vor dem AngstszENARIO, das aufgebaut wird: Mit einer „Politik der leeren Kassen“ werden Kürzungen bei der AHV angedroht. Es ist ausgesprochen unfair mit einer solchen Angstpolitik den Frauen die Erhöhung des Rentenalters abzurufen
- erinnert** daran, dass für die Finanzierung der Renten der Generation der Babyboomer so oder so eine Zusatzfinanzierung nötig ist, diese auch aus anderen Kassen als der MwSt. stammen kann und kein Sachzusammenhang mit der Erhöhung des Rentenalters der Frauen besteht
- betont** dass gleiches Pensionsalter für Mann und Frau nichts mit Gleichstellung zu tun hat. Frauen arbeiten viele Stunden mehr als Männer - allerdings in der unbezahlten Care-Arbeit. Die Verteilung der Care-Arbeit entlang den Geschlechtern erklärt den grössten Teil der Einkommensungleichheit, die sich heute diskriminierend auf die Renten der Frauen auswirkt. Wir erinnern daran, dass Frauen rund 40 Prozent weniger Renteneinkommen im Jahr beziehen als Männer

- verweist** darauf, dass die Unia am Kongress im letzten Jahr beschlossen hat, „weiblicher“ werden zu wollen. In diesen Kontext muss sich die Gewerkschaft die Frage stellen, wo die Schmerzgrenze für einen Deal liegt: Sind es 70.00 CHF wert, dass die Frauen länger erwerbstätig sein müssen? Ist dies nicht ein Verrat an den Frauen?
- fordert** die Frauenkommission vom 18. Februar 2017 sowie die ausserordentliche DV vom 18. März auf, sich dazu zu bekennen: Frauen arbeiten genug, wir verhandeln unsere Altersvorsorge nicht auf ihre Kosten! Die Unia ergreift in letzter Konsequenz ein Referendum gegen diese Vorlage oder schliesst sich aktiv anderen Gruppen an, welche dies tun
- ist gewillt** zusammen mit der gesamten Unia, anderen Gewerkschaften und den Dachorganisationen, sowie politischen Parteien und ausserparlamentarischen Gruppe die Erhöhung des Rentenalters der Frauen zu bekämpfen und einen Abstimmungskampf engagiert zu bestreiten
- verlangt** dass die Unia als „weiblichere“ Gewerkschaft eine Gewerkschaft für alle Arbeitenden wird, egal ob bezahlt und Vollzeit oder Teilzeit, unbezahlt und prekariert. Es bedarf in der Unia dringend einer Auseinandersetzung mit Fragen der Care-Ökonomie, beispielsweise darüber, dass Care-Arbeit in der Pensionskasse berücksichtigt werden müsste
- wünscht** dass die Unia, beispielsweise durch öffentlichen Hearings der entsprechenden Volksvertreter*innen, zu ergründen versucht, wie es zu diesem vorgefertigten Deal kommen konnte und wieso darüber keine öffentliche Debatte geführt wird.

Diese Resolution wurde an der Hauptversammlung der Unia IG Frauen Einheit Bern/Oberaargau-Emmental vom 01.02.2017 einstimmig verabschiedet.

Im Namen der IG Frauen Bern/OAE



Simone „Zilly“ Seiler